Obamas Grünes Modell-Land? Dänemark führt Zwangsräumung von Bürgern durch, legt Wälder nieder, um Platz für Windmühlen zu schaffen.

Obama beschwor aber gerade auch Spanien, sich zurückzunehmen oder zu einem Risiko wie Griechenland zu werden. So hat er rasch den Schalter umgelegt und die Legislatur hart bedrängt, das Kerry-Lieberman-Gesetz mit seinem "Weg in die Insolvenz" zu erlassen, alles wegen Spanien.

Sehr verwirrend – oder vielleicht schamlos – spielt Obama nun eine andere Platte ab: **"Schaut, was in Ländern wie Dänemark passiert."**

Natürlich ist das dänische Beispiel nichts Weltbewegendes – die dänische Bevölkerung entspricht mal gerade der Hälfte der Bevölkerung von Manhattan und stellt kaum ein nützliches Energie-Modell für unsere sehr verschiedene [U.S.] Wirtschaft und Gesellschaft dar.

Es kommt aber noch besser.

In meinem neuen Buch: **"Power Grab: Wie Obamas Grüne Politik uns unserer Freiheit beraubt und Amerika ruiniert"**, beschreibe ich die Absurdität der "Freibier"-Theorien der "Grünen Wirtschaft", die unsere staatlichen Freunde nun eingesogen haben als letzten Daseinsgrund für eine gelenkte Gesellschaft. Meine Schwiegermutter liest anlässlich ihres Besuchs aus Dänemark mein Buch mit einem besonderen Interesse für den Teil, wo es um die schwerlastige Besteuerung der Arbeit in jenem Land geht.

Das Buch hat sie auch dazu veranlasst, eine erstaunliche neue Anekdote über die Fallstudie zu erzählen, die von den Dänen **"Das Windmühlenmärchen"** genannt wird. Im nördlichen Jütland in einem Gebiet namens Thy vertreibt Dänemark die Menschen von ihrem Land und schickt sich an, 15 vielleicht auch 30 qkm Wald zu roden, um noch mehr von jenen Vogel- und Arbeitsplatzvernichtenden Ungeheuern aufzustellen. (Augenscheinlich ein dänisches Kelo. *Anm. d. Ü.: Im "Kelo"-Fall hat das oberste Gericht von Connecticut eine Enteignung für rechters erklärt, die zum Zwecke des öffentlichen Wohls erfolgt. [Näheres hier](#))*

Jene riesigen Windmühlen sollen nicht einmal eine Energie-Lücke für die dänische Wirtschaft füllen. Nein, sie sind einem Versuch an Land gewidmet für massive neue Meeres-Windturbinen – mit der Möglichkeit der Verleihung an Wind-Fachfirmen, wie Siemens.

Die dafür vorgebrachten Argumente sind nicht einmal die lachhaft typischen Umweltschutzgründe. Am Ende *"wird die Abholzung den CO2-Ausstoß um 400.000 Tonnen erhöhen, ent sprechend dem CO2-Ausstoß von 100.000 Menschen pro Jahr"*.

Sie bringen auch das Argument der Pflicht zur Schaffung von dänischen

Arbeitsplätze vor.

Umso notwendiger scheint das Argument vom "Schaffen von Arbeitsplätzen" zu sein, soweit im Rahmen derartiger Zwangsvorhaben überhaupt möglich, da sie typischerweise Arbeitsplatzvernichter sind, weil die Regierung zunächst den privaten Sektor daran gehindert hatte. Dänemark hat gesetzliche Vorschriften, in welchen Mengen mit diesen Methoden Energie erzeugt werden darf. Und immer kommt dabei heraus, dass die zulässigen Verfahren ineffizient, diskontinuierlich und teuer sind. Das erklärt doch schon den Bedarf an gesetzlicher Regulierung.

Unternehmer, die Steuern und weitere Kosten zahlen, bis sie nicht mehr können, verabschieden sich schon bei weniger dümmlichen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wie in Kentucky z. B., wie ich in "Power Grab" ausführe.

Ja, Herr Präsident Obama, schauen wir mal, was in den europäischen Ländern geschieht.

Lassen wir mal die auffällige Ironie bei Seite, welche Notwendigkeiten der **"Grüne Vorgehens plan"** erfordert, lange bevor er zu seinem logischen Ende kommt. Es gibt nämlich eine wichtigere Lehre, die Lehre von einem Aufguss der europäischen Sozialdemokratie, welche unsere Politikschlauberger uns einzupauken versuchen, bis es im November dazu kommt, dass der Wähler zum Urteil über diese Art von "Change" aufgefordert ist.

Das Wichtigste, was man aus Spanien lernen muss: jene viel gerühmten Arbeitsbeschaffungsprogramme, die der Wirtschaft nur Zeit- und Geldverschwendung durch erhebliche Redundanzen bescheren, erzeugen immer nur wieder Seifenblasen. Diese Blasen entstehen, weil Wohlstand vom Steuerzahler transferiert wird, will sagen von produktiver Verwendung hin zu wesenhaft unwirtschaftlicher Verwendung (noch einmal: sie müssen gesetzlich vorgeschrieben und gefördert werden, um zu entstehen).

Die Blasen platzen so lange nicht, wie fortwährend Infusionen mit umverteiltem Steuerzahler geld stattfinden. Aber dass sie so einfach entstehen, ist politisch nicht hinnehmbar für die Wählerschaft, nur weil sie von Politikern durch Fördergelder und Vorschriften geschaffen werden. Es gibt einen Grund, warum General Electrics Washingtoner Lobby-Budget höher ist als das aller großen Ölfirmen zusammen. Wenn die Regierung einen "Markt" erzeugt hat durch behördliche Anordnung, schütten die Empfänger der Großzügigkeit gigantische Mittel aus, um die Absahnerei am Laufen zu halten und noch zu verstärken.

Das genau ist in Spanien passiert, wo die öffentliche Verschuldung drohte, in den wirtschaftlichen Bankerott zu führen.

Und in Dänemark, wo die Politiker versuchen, jeden Quadratmeter Land zu säubern, den sie finden können – selbst wenn er bewohnt oder bewaldet ist – um noch mehr Windmühlen auf zustellen im Namen der "Arbeitsplatzschaffung".

Wir haben aus Obamas Modellen in Spanien und Dänemark (auch in Deutschland)

gelernt, dass es keine zusätzlichen Arbeitsplätze gibt, auch nicht geben wird, wenn Geld zum Fenster hin ausgeworfen wird. Die Arbeitsplatzverluste und Opportunitätskosten durch Belastung mit höheren Energiekosten und anderen Einschränkungen der persönlichen Freiheit schaden der Wirtschaft insgesamt. Was die Wirtschaft dafür erhält, sind zeitlich begrenzte Arbeitsplätze und höhere Schulden – letztendlich bedeutet das höhere Steuern.

Diese Politik leert die öffentlichen Kassen, lenkt unser schwer verdientes Geld zu etablierten Profiteuren um. Und nun führt sie auch zum Abholzen von Wäldern und zur Enteignung.

Auf solche Art – eine besonders in Washington bekannte Art – aber augenscheinlich auch sonst wo, regieren die "Markt-Sozialisten" – das macht schon Sinn.

24. 05. 2010

von Christopher Horner Den Originalartikel finden Sie hier [Obamas Grünes Modell-Land? Dänemark führt Zwangsräumung von Bürgern durch](#)

Die Übersetzung besorgte dankenswerterweise Helmut Jäger für EIKE